

Kohleabbau, gerechte Transition und Klimapartnerschaft

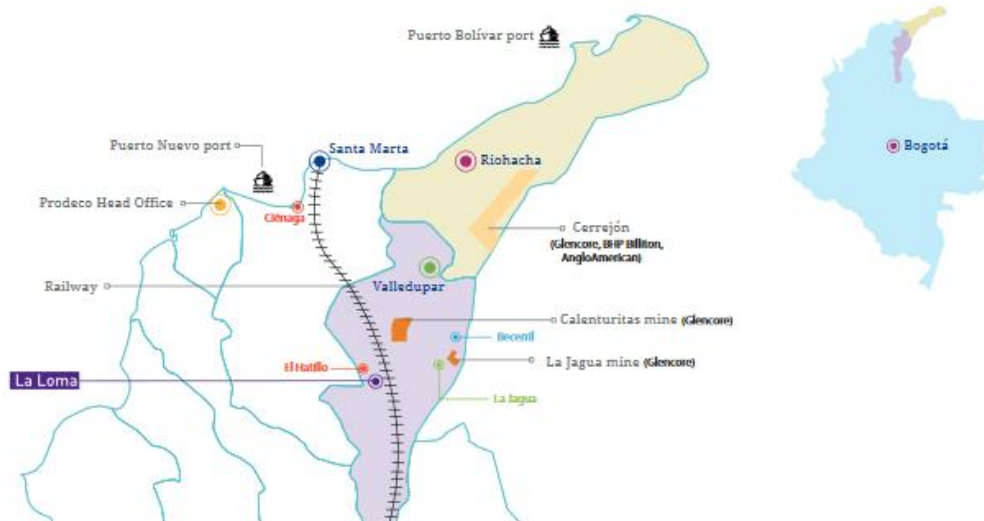
Chancen und Herausforderungen für Kolumbiens Kohlereviere

Kernaussagen

- 40 Jahre Kohleabbau führte zu keiner wirklichen Entwicklung: wichtig für Export und lokale Budgets, aber trotzdem überdurchschnittliche Armut und unbefriedigte Grundbedürfnisse
- Massive negative Folgen: Umweltverschmutzung, Mikroklima, Gesundheit, Konfliktdynamik und Menschenrechtsverletzungen, Zwangsumsiedlungen
- Transition lange verschlafen, kein Gesetz über Minenschliessung, Prodecos Rückzug als Schock, Krise in Cesar
- Regierung Petro bemüht sich um gerechte Transition, erfährt aber Widerstand und verwickelt sich in Widersprüche, z.B. Energiegemeinschaften vs. grüner Wasserstoff
- Kritische Auseinandersetzung mit der Klimapartnerschaft: Beitrag zu Transition als Wiedergutmachung oder zur Stillung des Deutschen Energiehungers?

Kohleabbau heute: fragwürdige Entwicklung und negative Auswirkungen auf Gesundheit, Umwelt und Gesellschaft

In Kolumbien wird in den zwei Departementen Cesar und Guajira in grossem Stile Kohle in Tagebauen für den Export abgebaut. 1976 startete ein Joint Venture zwischen der staatliche kolumbianischen Carbocol und Exxon Mobile – Intercor den Aufbau der Mine El Cerrejón. 1986 begann der Export. BHP Billiton, Anglo American und Xstrata betrieben südlich davon weitere Minen in der Guajira. Zwischen 2001 und 2002 wurde Cerrejón Norte (Cabocol-Intercor) privatisiert, womit das Konsortium aus BHP, Anglo American und Xstrata nun den ganzen Kohlekomplex Cerrejón besassen. Die ganze Mine umfasst 69'000 Hektaren und ist damit der grösste Kohletagebau Amerikas. Eine 150 km lange Eisenbahnlinie führt zum Verladehafen Puerto Bolivar.



Im Cesar erhielt Drummond Ende der 80er Jahren Konzessionen für die Kohlegewinnung und startet 1995 die Produktion mit den Minen Pribbenow und später El Descanso und El Corozo. Daneben existierten schon kleinere Minen in der Hand von kolumbianischen Unternehmen. 1995 kaufte Glencore das Unternehmen Prodeco mit der Eisenbahnlinie und einem Hafen, der Konzession für die Mine Calenturitas und einer Kohlemine im Cerrejón-Komplex. 2004 war Produktionsstart in der Mine Calenturitas, zwischen 2005 und 2007 übernahm Glencore die Minen Carbones de la Jagua CDJ, Consorcio Mineros Unidos CMU sowie Carbones El Tesoro CET und vereinheitlichte die Operation. Ebenso betreibt Colombian Natural Resources CNR die Minen La Francia und Hatillo.

Im Landesinnern, u.a. in Norte de Santander, Boyacá und Cundinamarca wird Kohle in kleineren, mehrheitlich unterirdischen Minen abgebaut. Teilweise ist es metallurgische Kohle, teilweise thermische Kohle für den Inlandbedarf. Viele dieser Minen operieren ohne Umweltlizenz und damit illegal. Im Catatumbo sind auch viele Minen von illegalen bewaffneten Gruppen kontrolliert oder betrieben. Aus dieser Gegend wurde in den letzten Jahren auch Kohle exportiert, mutmasslich u.a. durch Glencore – Prodeco.

Der Kohleabbau hat in Cesar und Guajira verschiedene negative Auswirkungen. Da ist einerseits der Flächenbedarf der Tagebaue, d.h. es geht Vegetation verloren, Wald, Weide- und Ackerflächen. Besonders gravierend ist der Verlust an tropischem Trockenwald durch Abholzungen. Der Vegetationsverlust führt zu Erosion und einem veränderten Mikroklima, es wird immer heisser. Der negative Einfluss auf die Biodiversität ist beträchtlich. Um Platz für die Minen zu schaffen wurden auch Bäche und Flüsse umgeleitet, was den Wasserhaushalt negativ beeinflusste. Durch die grossen und tiefen Gruben sank auch der Grundwasserspiegel, Brunnen müssen immer tiefer gebohrt werden, das Wasser ist aber z.T. zu salzig und z.B. mit Schwermetallen verschmutzt. Nicht zuletzt wurde auch ein grosser Teil des Territoriums privatisiert, der Bevölkerung wurde der Zugang zu Flüssen, Wäldern und Weideflächen versperrt oder verboten, was die Lebensgrundlagen und die Lebensweise der kleinbäuerlichen, schwarzen und indigenen Bevölkerung massiv einschränkte und veränderte. Die Bevölkerung lebte Grossteils auf und von frei zugänglichen Böden, lebte von Landwirtschaft, Fischfang, Jagd und Sammelwirtschaft.



Der Abbau und der Transport der Kohle verursacht hohe Staub- und Feinstabbelastung. Der Staub legt sich auf die Häuser und Wohnungseinrichtungen und auf die Pflanzen. Wenn es regnet ist das Regenwasser von den Dächern schwarz und kann nicht für den menschlichen Konsum verwendet werden. Die Staubablagerungen hemmen das Pflanzenwachstum, Ackerfrüchte wie Mais geben geringere Erträge, Fruchtbäume verkümmern. Ebenso scheint die Bodenfruchtbarkeit abgenommen zu haben. Auch die Gesundheit des

Viehs leidet unter dem staubbelasteten Futter.

Für die Anwohner der Kohleminen ist v.a. die Staub- und Feinstaubbelastung gravierend, ebenso die Wasserverschmutzung. Der Feinstaub enthält verschiedene Schwermetalle, die beim Kohleabbau ebenfalls aus dem Boden geholt werden. Die Minen versuchen zwar, die Entstehung von Staub einzudämmen, indem die nicht asphaltierten Strassen regelmässig benetzt werden oder „Nebelmaschinen“ eingesetzt werden. Nichts desto trotz führt die Staubbelastung bei Anwohnern und Minenarbeitern zu Atemwegserkrankungen, permanenten Grippe-symptomen, Asthma und Staublungen. Da die Minen grundwasserführende Schichten anschneiden, ist auch das Grundwasser verschmutzt. Zudem gibt es Grubenwasser, das nicht immer korrekt behandelt wird und Sedimentierungsbecken mit den industriellen Abwässern der Mine laufen über und Schmutzwasser gelangt in die Flüsse. Anwohner haben Hauterkrankungen und Ausschläge, Durchfall, längerfristig kommt es zu Veränderungen im Erbgut und Krebs. Viele Arbeiter leiden auch an Beschwerden der Muskulatur und der Gelenke/Knochen. Durch die Erschütterungen beim Beladen der LKW entstehen zum Beispiel Schäden an der Wirbelsäule.

Diese grossen, auf den Export ausgerichteten Minen hatten aber auch tiefgreifende soziale Auswirkungen. So veränderten sie die wirtschaftliche Dynamik grundlegend, veränderten die Produktionsstruktur sowie das Lohn- und Preisgefüge. Die Bevölkerung stieg z.B. in La Jagua

von 5000 Einwohner Anfang der 80er Jahre auf 36'000 2012 und 60'000 heute, und in La Loma von 1'500 auf 26'000 Einwohner. Die Infrastruktur konnte mit dem Bevölkerungsanstieg nicht Schritt halten. Es zogen verhältnismässig gutbezahlte Arbeitskräfte von ausserhalb der Region zu, das Preisniveau stieg, die lokale Bevölkerung verarmte relativ betrachtet. Viele junge Frauen liessen sich mit Bergarbeitern ein, wurden noch als Teenager schwanger, standen aber bald ohne "Ehemann" aber dafür mit Kind da und brachen die Schule ab. Ebenso kam es zu Kinderprostitution, v.a. als die Kohle noch mit Hunderten von Sattelschleppern in die Verladehäfen gefahren wurde. Mit der Krise der Kohleminen steigen die sozialen Probleme, es kam zu mehr Arbeitslosigkeit, zu Hunger und Perspektivenlosigkeit, zu intrafamiliärer Gewalt, Alkohol- und Drogenprobleme, die Kriminalität stieg an.



Die Minenunternehmen hatten aber auch einen grossen Einfluss auf die Konfliktdynamik. Die Infrastruktur der Minen und (hochrangige) Mitarbeiter waren der Erpressung oder Entführung durch Guerillagruppen ausgesetzt oder erlitten Anschläge. Deshalb arbeiteten die Minenunternehmen nicht nur mit der Armee zusammen, sondern auch mit paramilitärischen Gruppen. Drummond und Glencore organisierten die ersten paramilitärischen Verbände in der Bergbaugegend des Cesar. Diese paramilitärischen Gruppen verübten

Massaker und vertrieben gewaltsam 10'000 Personen, grosse Landflächen wechselten gewaltsam den Besitzer. Ebenso wurden drei Gewerkschafter bei Drummond von Paramilitärs ermordet, viele weitere Gewerkschafter und GemeinschaftsführerInnen erhielten Todesdrohungen. Die Paramilitärs übten auch Kontrolle über die Lokalpolitik, die Gemeindeverwaltungen und Finanzen aus. Bis heute sind verschiedene illegale bewaffnete Gruppen aktiv, in den letzten Jahren kam es wiederholt zu (Todes-) Drohungen und gewaltsamen Übergriffen.

Gescheiterte unfreiwillige Umsiedlungen

Eine sehr schwerwiegende Folge der Tagebau ist die Notwendigkeit, ganze Dorfgemeinschaften umsiedeln zu müssen. In der Guajira hat Cerrejón in der Vergangenheit die Anwohner der Mine aufgefordert oder gezwungen, ihr Hab und Gut zu verkaufen und wegzuziehen. Einige Personen oder Familien verkauften relativ rasch, einige erzielten etwas bessere Preise als andere. Viele leisteten Widerstand und weigerten sich, zu verkaufen und wegzuziehen. Immer wieder kamen die Berater von Cerrejón in den Gemeinschaften vorbei und kündigten an, die letzte Chance, zu verkaufen sei jetzt, wer jetzt nicht verkaufe gehe leer aus. Um den Druck zu erhöhen erhielten die Bewohner der Gemeinschaften, die der Minenexpansion im Weg standen, keine Arbeit, verschiedene Dienstleistungen und Grundversorgungen wurden unterbrochen oder eingeschränkt. Die Zufahrtsstrassen und Wege zu den Dorfgemeinschaften wurden immer länger und mussten wegen der Mine Umwege machen. Zudem wurde immer mehr Territorium durch die Minen privatisiert, Bewohner verloren den Zugang zu Flüssen, Weideflächen und Wald, was ihre Lebensgrundlagen empfindlich einschränkte. 2007 reichte die Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien *ask!* im Namen von 5 Gemeinschaften der Guajira und zusammen mit dem Anwaltskollektiv CAJAR eine Klage beim OECD Kontaktpunkt der Schweiz beim SECO gegen Xstrata ein, wegen Verletzung der OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen. Gleichzeitig wurde in Australien eine fast gleichlautende Klage gegen BHP Billiton eingereicht. Wir beklagten eine Strategie des Aushungerns und verlangten faire Lösungen für die Gemeinschaften, die ihr Territorium verlassen müssen. Als Reaktion darauf beauftragte Cerrejón ein unabhängiges Expertengremium damit, ihre Sozialpolitik einer Überprüfung zu unterziehen. Dieses Expertengremium kam zum Schluss, das Cerrejón mehr als das legal

notwendige tun sollte und Gemeinschaften umsiedeln sollte, auch wenn diese nicht direkt der Mine weichen muss, aber z.B. in ihrer Versorgung beeinträchtigt werde.

Noch 2001 wurde die afrokolumbianische Gemeinschaft Tabaco enteignet, um Platz für die Minenerweiterung zu schaffen. Ein Grossteil der Bewohner hatte sich über Jahre geweigert, zu verkaufen, so dass Cerrejón die Enteignung des ganzen Dorfes beantragte. Am Tag der Übergabe des Dorfes an Cerrejón am 9. August 2001 fuhren Bulldozer auf und rissen die Häuser vor den Augen der Bewohner ein. Obwohl ein Urteil vom Mai 2002 den Wiederaufbau der Gemeinschaft an einem geeigneten Ort anordnete, ist Tabaco bis heute nicht wieder aufgestanden. Seit 2005 begann Cerrejón dann, insgesamt fünf Dorfgemeinschaften gemäss Weltbankstandards umzusiedeln. Die Probleme hörten damit aber nicht auf. Roche war die erste Gemeinschaft, die nach diesem Schema umgesiedelt wurde. Roche war ein Weiler mit über 200 Familien, aber nach Jahren des Aushungers harrten im Moment der Umsiedlung nur noch 25 Familien aus. Roche hatte als Gemeinschaften viel Almendland als Weidefläche, viele Familien züchteten Vieh. Das Landstück, wo das neue Roche entstehen sollte, lag an der Hauptstrasse und es wurden zwei Reihen Einfamilienhäuschen vom Typ sozialer Wohnungsbau gebaut, was überhaupt nicht der afrokolumbianischen Kultur entsprach. Die Verhandlungsführer der Gemeinschaft versuchten, diese Punkte zu korrigieren, so z.B. auch die Ausrichtung des Friedhofes und mehr Platz zwischen den Häusern für einen richtigen Hof. Sie fanden kein Gehör und Cerrejón sagte, die Siedlung werde so gebaut, und wenn die Gemeinschaft sie nicht wolle, werde sie dem Bürgermeister für andere Familien übergeben. Jede Familie erhielt eine Hektare Land neben der Siedlung, was Cerrejón als Grosszügig erachtete, da die Familien am ursprünglichen Ort keine Besitztitel hatten, obwohl sie Nutzniesser eines ganzen Territoriums waren, lange bevor Cerrejón kam. Cerrejón lobte sich dafür, die Gemeinschaftsmitglieder zu formellen Besitzer eines Grundstückes gemacht zu haben. 8 Familien harrten noch wesentlich länger im ursprünglichen Roche aus, da sie nicht wussten, wo sie mit dem Vieh hinziehen sollen, da eine Hektare nie für 50 Tiere reichte. Chanclata, Patilla und Las Casitas wurden trotz aller Kritik genau gleich in sterile Vorstadt-Sozialwohnungsbau-Siedlungen gepfercht.



Die einkommensgenerierenden Projekte funktionierten kaum je, da sie nicht den Eignungen, dem Wissen und den Wünschen der Umgesiedelten entsprachen oder es schon zu viele Mototaxis und zu viele Essensverkaufsstände gab. Viele Umgesiedelte nutzen auch die Hektare Land kaum. V.a. ältere Personen fanden sich am neuen Ort nicht zurecht. Für diese ländlichen, afrokolumbianischen Gemeinschaften war es eine Zwangsurbanisierung. Heute müssen die Umsiedlungen als gescheitert bezeichnet werden. Bis heute gibt es immer wieder Proteste wegen Dingen die nicht funktionieren, z.B. genügend sauberes Trinkwasser oder weil Cerrejón gewissen Vertragsbedingungen nicht erfüllte. Viele Familien fühlen sich auch ungerecht behandelt. Familien die z.B. vor der Umsiedlung in die nächste Stadt weggezogen waren, weil die Kinder sonst nicht zur Schule konnten, das Haus in der Gemeinschaft aber behielten, hatten keinen Anspruch mehr auf Umsiedlung. Es gab Familien, die z.B. von Tabaco nach Roche zogen, in Tabaco verkauft hatten und darum bei der Umsiedlung in Roche keinen Anspruch mehr auf Entschädigung hatten. Auch war Cerrejón nie transparent, wie die einzelnen Entschädigungen berechnet werden, wer weshalb auf was Anspruch hat, so dass

sehr viel Neid, Gerüchte etc. entstanden, wer wieviel Entschädigung erhalten habe. Da die Mine weiter expandierte, sind heute weitere Gemeinschaften viele näher bei der Mine, und kämpfen dafür, beachtet und unterstützt zu werden, um negative Auswirkungen auf Umwelt, Landwirtschaft oder Gesundheit zu kompensieren.

Im Nachbardepartement Cesar sollten drei Gemeinschaften ebenfalls unfreiwillig umgesiedelt werden. Dort ordnete jedoch das Umweltministerium 2010 die Umsiedlung von Plan Bonito, El Hatillo und Boquerón an, weil die Umweltverschmutzung weiter zunehmen werde und damit die Gesundheit der Bevölkerung nicht mehr garantiert werden könne. Dazu wurden umfangreiche Messungen und Extrapolationen in die Zukunft gemacht. Die Behörde hielt fest, dass eigentlich auch Städte wie La Jagua wegen der Gesundheitsgefährdung theoretisch umgesiedelt werden sollten, das dies aber praktisch nicht realisierbar sei. Die Umsiedlungen sollten kollektiv erfolgen, das Gemeinschaftsleben am neuen Ort ermöglichen und in partizipativen Verhandlungen erfolgen. Plan Bonito sollte innert eines Jahres, El Hatillo und Boquerón innerhalb von zwei Jahren umgesiedelt werden. Diese Frist war eindeutig unrealistisch, aber wie und wie langsam der Prozess verlief, war ein absoluter Skandal. Plan Bonito wollte keine kollektive Umsiedlung und verhandelte relativ rasch individuelle Lösungen mit Entschädigungen und einem einkommensgenerierenden Projekt am neuen Ort.



In El Hatillo wurde eine Gruppe von 12 Führungsleuten bestimmt, die mit den drei Unternehmen Glencore Prodeco, Colombian Natural Resources und Drummond und einem von diesen unter Vertrag genommenem Operator einen Umsiedlungsplan aushandeln sollten. Diese Verhandlungen gestalteten sich als ausgesprochen schwierig und langwierig. Die Methodik und Art der Verhandlung waren ungeeignet, es bestand ein Machtungleichgewicht und Wissensgefälle zwischen der Gemeinschaft, die von 2 NGOs so gut wie möglich beraten und begleitet wurde und

den Firmen und dem Operator mit Dutzenden von Fachleuten. Allein schon der Zensus, um zu schauen wie viele Familien in El Hatillo leben und was sie besitzen, war extrem komplex. Da der Prozess so lange dauerte, bildeten sich neue Familien, der Zensus musste immer wieder ergänzt werden. Ebenso gab es Streit darüber, wie hoch verschiedene Sachen bewertet werden sollen, wie Einkommensverluste während der Umsiedlung entschädigt werden sollen etc. Wenige Personen in El Hatillo hatten Arbeit in den Minen, einige andere in einer nahen Ölmühle für Palmöl. Landwirtschaft und Viehzucht war nur noch bedingt möglich. Die sozioökonomische Situation in El Hatillo wurde so kritisch, dass Anfang 2013 der Hungernotstand ausgerufen werden musste, bis dann die Unternehmen endlich einen Übergangsplan erarbeiteten, um ein würdiges Leben bis zum Umzugstermin zu gewährleisten. Viele Führungspersonen erhielten während dem Verhandlungsprozess Drohungen, es kam zu Patrouillen durch schwarz gekleidete bewaffnete Männer, die im Auftrag der Unternehmen für deren Sicherheit sorgen würden. Verschiedene Führungspersonen gaben irgendwann ausgebrannt oder verängstigt auf und verhandelten eine individuelle Lösung. Im Dezember 2018 wurde endlich der Umsiedlungsplan verabschiedet und ratifiziert. Die Umsetzung gestaltete sich aber genauso langsam und schwerfällig wie die Ausarbeitung. So war es sehr schwierig (mangelnder Wille der Firmen?) ein geeignetes Landstück zu finden, um eine neue ländliche Gemeinschaft aufzubauen. Die sozialen Netzwerke der Gemeinschaften wurden immer schwächer, viele der produktiven Projekte, die mit Übergangsplan gefördert wurden, funktionierten nicht. Z.T. wurde Material der Projekte geraubt, es entstanden wegen der Perspektivenlosigkeit Jugendbanden, die Gemeinschaft beklautete selbst. Immer mehr Familien optierten so auf eine individuelle Lösung, da sie hofften, schneller etwas zu erhalten und wegziehen zu können. Das war ganz im Sinne der Unternehmen, die immer auf individuelle Lösungen hinarbeiteten und mit den Verzögerungen der kollektiven Umsiedlung die Bewohner zermürbten. 2020 erklärte dann CNR Zahlungsunfähigkeit, und da die drei

Unternehmen gemeinsam die Umsiedlung finanzieren müssen, kam der Prozess für viele Monate praktisch zum Stillstand. Dann gab auch noch Prodeco bekannt, dass Sie den Betrieb einstellen und Minenkonzessionen an den Staat zurückgeben, was weitere Unsicherheiten um Umsiedlungsprozess schuf. Nach langen Verhandlungen einigen sich die ANLA mit den Unternehmen, dass jede einen individuellen Teil der Umsiedlung übernehmen kann, ohne auf die anderen beiden Unternehmen angewiesen zu sein. Die Unternehmen konnten dann auch durchsetzen, dass es nur noch individuelle Umsiedlungen gebe. Diese individuellen Umsiedlungen wurden nun in den letzten zwei Jahren schneller umgesetzt, nicht zuletzt da auch die staatlichen Behörden unter der linken Regierung von Gustavo Petro den Prozess enger begleiten. Die meisten Familien sind nun weggezogen, aber es werden sicher neue Probleme entstehen, da diese individuellen Lösungen viel weniger Garantien für eine stabile sozioökonomische Situation bieten als eine kollektive Umsiedlung. Statt einer kollektiven Umsiedlung innerhalb von beispielsweise fünf Jahren haben wir nach 15 Jahren also lauter individuelle Umsiedlungen. Trotzdem behauptet Prodeco, sie hätten die Umsiedlung erfüllt, was eine Verhöhnung der Führungspersonen von El Hatillo ist, die die besten Jahre Ihres Lebens dafür einsetzen, für El Hatillo eine ländliche kollektive Umsiedlung zu erkämpfen.

Der Prozess in Boquerón war aus verschiedenen Gründen noch langsamer als derjenige von El Hatillo. Boquerón ist grösser, hat eine gemischte Bevölkerung und viele Neuzuzüger, es gibt einen afrokolumbianischen Gemeinschaftsrat und eine Junta de Acción Comunal. Die AfrokolumbianerInnen forderten eine vorgängige Konsultation, schon der Zensus war sehr schwierig und die Gemeinschaft wollte alles sehr transparent haben. Bis 2021 wurde noch nicht einmal ein Umsiedlungsplan seriös zu verhandeln begonnen und die Unternehmen sagten immer, die Umsiedlung sei gar nicht nötig, da es gar nicht mehr so viel Verschmutzung gebe wie befürchtet. 2021 beschloss ANLA ohne vertiefte Abklärungen, dass Boquerón nicht mehr verschmutzt sei und deshalb nicht umgesiedelt werden müsse. Stattdessen wurde eine Umsiedlung vor Ort durch einen sozioökonomischen Entwicklungsplan vorgeschlagen. Dieser Plan ist jedoch unvollständig und unterfinanziert und bietet keine wirkliche Entschädigung für alle die Jahre mit Verschmutzung und dem Versprechen nach einer fairen Umsiedlung.

Wirtschaftliche Bedeutung der Kohle



Wie wichtig fossile Energieträger und die Kohle im Speziellen für die kolumbianische Wirtschaft sind, ist umstritten. Kohle steht für etwa 2% des nationalen BIP, aber für ca. 40% des BIP der Departemente Cesar und Guajira. 50% der Einnahmen in der Guajira stammen von der Kohle, 70% der Investitionen werden aus der Kohle finanziert. Die Kohlenexporte sind für die Handels-/Zahlungsbilanz wichtig, sowie als Devisenbringer. Der Grossteil der Bergbauroyalties stammt von der Kohle, Kohle ist – oder besser war - für 12-18% der kolumbianischen Exporte gut.

Trotzdem hat die Kohle nicht für eine breite Entwicklung in Cesar und Guajira gesorgt. Einerseits wurden andere wirtschaftliche Aktivitäten verdrängt, und der Kohleabbau blieb eine kapitalintensive Enklavenwirtschaft mit einem hohen Importanteil der verwendeten Maschinen

und Technologien. Kolumbien hat es verpasst, rund um den Kohleabbau eine dynamische Zuliefererindustrie aufzubauen. Gewisse Dienstleistungen, Hotels, Restaurants und Handel profitierten aber von den relativ zahlungskräftigen Minenarbeitern. Zudem haben die beiden Departemente und die Gemeinden eher schwache Verwaltungskapazitäten und hohe Korruption, so dass nur ein Viertel bis ein Drittel der Royalties effektiv investiert werden können. Viel Geld fließt in Projekte des Transportsektors, in Freizeit- und Sportanlagen. Auch gibt es viele nie fertig gestellte oder unbenutzte Luxusprojekte, genannt weisse Elefanten. Zuwenig wird dagegen in den Bildungssektor, in die Gesundheit und die Siedlungshygiene investiert, mit dementsprechend hohen unbefriedigten Grundbedürfnissen. Cesar und Guajira liegen bei vielen sozialen und Wirtschaftsindikatoren weit unter dem nationalen Durchschnitt. So hat die Guajira im Jahr 2019 eine Armutsquote von 61,8% und 33,5% der Bevölkerung leben in extremer Armut. Der Kohleabbau schuf etwa 17'000 Arbeitsplätze in Cesar (6500 direkte, der Rest über Temporärbüros und Arbeitsbörsen), 13'000 in der Guajira. Trotzdem sind das nur 1% der formellen Arbeitsplätze, ein Grossteil arbeitet trotz einer gewissen Verdrängung immer noch in der Landwirtschaft.

Glencore Prodecos Rückzug aus dem Kohleabbau

Mit der Corona-Pandemie beantragte Prodeco, den Kohleabbau für unbestimmte Zeit, maximal aber für vier Jahre, suspendieren zu dürfen, da bei den herrschenden Produktionskosten und Weltmarktpreisen der Abbau ein Verlustgeschäft sei. U.a. gab Prodeco an, wegen eines Rechtsstreits mit den indigenen Yukpa könnten sie eine neue Abraumhalde nicht eröffnen, was hohe interne Transportkosten für den Wegtransport des Gesteins verursache. Dabei muss man wissen, dass die Yukpa



schon vor Jahren die Definition und Begrenzung ihres angestammten Territoriums forderten, um danach bezüglich der Projekte innerhalb ihres anerkannten Territoriums konsultiert zu werden. Diese Begrenzung und Konsultation fanden nicht statt, die Yukpa gelangten an das Verfassungsgericht und dieses hat neue Projekte verboten, bis dass die Begrenzung erfolgt sei. Aus diesem Grund konnte Prodeco die neue Abraumhalde nicht eröffnen. Prodeco berief sich auf eine Bestätigung des Innenministeriums, wonach am Ort der geplanten Abraumhalde keine Indigenen leben würden, obwohl klar war, dass es sich um das von den Yukpa reklamierte ancestrale Territorium handelt und sie konsultiert werden müssten. Zu grossen Teilen hat also Prodeco dieses Problem wegen mangelnder Sorgfaltspflicht selbst verschuldet, hat dann aber die Yukpa als Entwicklungsverhinderer und Bergbauegner hingestellt, was zu Bedrohungen gegen indigene Führungspersonen führte. Wie dem auch sei, die Behörden hatten das Suspensionsgesuch abgelehnt.

Am 4. Februar 2021 hatte Prodeco dann angekündigt, dass sie die Minentitel an den Staat zurückgeben, viele Jahre vor die Konzessionen auslaufen würden. Eine Rückgabe laufender Minen Konzessionen gab es so noch nie und traf Behörden und Bevölkerung völlig unvorbereitet. Die damalige Regierung von Ivan Duque hatte die Absicht, die Minen möglichst rasch an einen anderen Betreiber zu geben, da noch abbaubare Kohlevorkommen vorhanden sind. Die geplante *Ronda minera* (Ausschreibung) musste aber wegen einer eingereichten Klage abgesagt werden und so erbte die neue Regierung Petro das Problem, was mit diesen Minen geschehen soll. Petro trat die Regierung mit dem Versprechen an, das Klima zu schützen und fossile Energieträger möglichst rasch zu beenden. So schnell und einfach liess sich aber die endgültige Schliessung nicht durchziehen und die Regierung redete in dieser Frage nicht mit einer Stimme. Zudem gab es eine starke Bewegung im Cesar, die aus Angst vor Arbeitsplatzverlust und Rezession den möglichst raschen Weiterbetrieb der Minen forderten. Solange davon auszugehen war, dass die Minen einer neuen Firma übertragen

werden, musste Prodeco diese aber in produktivem, betriebsbereitem Zustand behalten, d.h. permanent Unterhaltsarbeit machen.

Die Folgen des überraschenden Rückzugs von Glencore Prodeco waren aber einschneidend. Mehrere Tausend Arbeiter verloren ihre Stelle, auch Hotels und Geschäfte erlitten z.T. beträchtliche Einbussen. Auch viele informelle Jobs fielen weg: Frauen die Uniformen wuschen, Essen verkauften, Zimmer vermieteten, verloren teilweise ihr Einkommen. Die Arbeitslosigkeit in La Jagua stieg von 8% auf 25%, es gab eine soziale und wirtschaftliche Krise. Die entlassenen Arbeiter und die Gewerkschaften kämpften vor Gericht gegen die Entlassungen. Sie sehen wenig Chancen auf andere Arbeitsmöglichkeiten, einerseits wegen den spezifischen Ausbildungen für die Arbeit in den Minen, andererseits wegen den schwarzen Listen, die Unternehmen über gewerkschaftlich organisierte Arbeiter führen. Die intrafamiliäre Gewalt nahm zu, ebenso Drogen- und Alkoholkonsum, perspektivenlose Jugendliche schlossen sich kriminellen Banden an, es kam zu vermehrter Prostitution, auch von Kindern. Zeugen berichteten von achtjährigen Jungen und Mädchen, die sich anboten. Es kam zu Protesten, sei es für oder gegen die Minenwiedereröffnung oder wegen der sozialen Krise, soziale Spannungen stiegen an und es kam verschiedentlich zu Drohungen gegen soziale Führungspersonen. Die Krise hatte selbst Einfluss auf den bewaffneten Konflikt in der Region und die Menschenrechtssituation verschlechterte sich deutlich. Es wird auch befürchtet, dass durch die wegfallenden Ressourcen weniger investiert werden kann, ja sogar die finanziellen Mittel für Investitionen in die produktive Diversifikation fehlen, und auch die Präsenz der Sicherheitskräfte abnimmt und die Unsicherheit zunimmt. Andere Stimmen geben genau den staatlichen Sicherheitskräften eine Mitschuld an der schlechten Sicherheitslage und den Menschenrechtsverletzungen. Wie sie die aktuelle sozioökonomische Krise und die anstehende Transition auf die Zusammensetzung der Bevölkerung und soziale Dynamik auswirkt, ist ebenfalls noch sehr ungewiss.



Obwohl lange Zeit unklar war, wie es mit den von Glencore Prodeco zurückgegebenen Minen weitergehen soll, forderten viele Gemeinschaften von Anfang an eine Mitsprache über die Zukunft der Minen und der Region und insbesondere umfassende Information und Transparenz bezüglich der Verpflichtungen, die Prodeco im Sozial- und Umweltbereich zu erfüllen hat. Dazu formierte sich die Mesa para la transición justa y la defensa territorial. Dieser Tisch von den beiden Gewerkschaften und 11 Gemeinschaften und JAC nahm keine Position gegen oder für den Bergbau ein, das Hauptanliegen war, dass Prodeco all seine Verpflichtungen aus dem Umweltmanagementplan erfüllt oder gegebenenfalls die Mine korrekt stilllegt und das

Minengebiet saniert. Da lange nicht klar war, ob die Minen durch ein anderes Unternehmen weiterbetrieben oder ganz stillgelegt werden, war auch lange nicht klar, was Prodeco genau machen muss. Klar war aber, dass sie den Umweltmanagementplan und Verpflichtungen wie die Umsiedlungen weiter erfüllen müssen. Die Befürchtung war und ist, dass Prodeco die Region verlässt, ohne all seinen Verpflichtungen nachgekommen zu sein. Die Mesa forderte Transparenz und Mitsprache bei der Erarbeitung oder Umsetzung des Schliessungsplanes, Prodeco betonte es gebe keinen Schliessungsplan und sie würden nicht informieren und konsultieren können, bevor nicht der Staat entscheide was Sache sei. Ein allfälliger Übergangs- und Schliessungsplan sei etwas, was Prodeco mit der ANLA aushandeln und dann vorstellen würde, nicht aber mit den Gemeinschaften erarbeiten würde, so Prodeco.

Die Mesa forderte Prodeco und Glencore auf verschiedenste Weise auf, ihnen vollständige Informationen und Mitsprache zu gewähren, z.B. Offenlegung aller ausstehender Verpflichtungen des Umweltmanagementplanes. Dazu führten sie Gespräche, internationale NGO und Gewerkschaften schickten Unterstützungsbriefe, die Deutsche und die Schweizer Botschaft wurden eingeschaltet, aber es half nichts. Im August 2022 gelangte die Mesa unterstützt von der Anwältin der NGO Tierra Digna ans Gericht, um umfassende Information

und Mitsprache auf dem Rechtsweg zu erwirken. Das Gericht in Valledupar gab am 4. November 2022 den Klägern der Mesa Recht und ordnete umfangreiche öffentliche Anhörung an, an denen die Pläne und Auflagen präsentiert und diskutiert werden. Prodeco und die ANLA gemeinsam wurden für die Durchführung dieser Gesprächstische in den Gemeinden in die Verantwortung genommen. Prodeco zog das Urteil weiter, am 29. und 30. November und 1. Dezember 2022 fanden aber in El Paso, La Jagua und Becerril je eine öffentliche Anhörung statt. Den Beteiligten war klar, dass dies erst der Anfang eines Dialogprozesses sein konnte und so hielt es die ANLA auch fest. Am 9. Dezember 2022 erging das Urteil 2. Instanz, das den Dialogprozess, die Informationspflicht und das Mitspracherecht bestätigte, die alleinige Verantwortung für die Durchführung aber Prodeco zusprach, während die staatlichen Behörden nur noch Beobachter eines allfälligen Prozesses wären.

Trotz unzähliger Gespräche, offener Briefe und Treffen aller Parteien auf der Schweizer Botschaft führte Prodeco keine weiteren Dialogrunden durch und beharrte darauf, dass sie erst informieren würden, wenn ANLA entscheiden habe (wann war das?), was mit den Minen geschehen würde, respektive wenn der Schliessungsplan von der ANLA genehmigt worden sei. Prodeco sah als im besten Fall Information statt Konsultation und Mitsprache für die betroffene Bevölkerung vor. Im Mai 2023 klagte die



Anwältin von Tierra Digna im Namen der Mesa wegen Nichterfüllung des Urteils vom 9.12.2022 gegen Prodeco. Das Gericht hielt, ohne umfassende Beweise zu erheben und ohne die staatlichen Kontrollbehörden befragt zu haben, fest, dass Prodeco mit den drei Anhörung von November/Dezember 2022 das Urteil erfüllt habe. Ein Rekurs der Anwältin dagegen wurde abgelehnt, ebenso eine Tutela (Grundrechtsklage) wegen der Verweigerung des Gerichts, ein ordentliches Verfahren zur Frage der Nichterfüllung durchzuführen. Schliesslich gelangte diese vom Staatsrat abgelehnte Tutela im Sommer 2024 zur Revision an das Verfassungsgericht. Mit Urteil vom 4. Februar 2025 hiess das Verfassungsgericht die Tutela gut und wies das erstinstanzliche Gericht an, den Prozess wegen Nichterfüllung des Urteils vom 9. Dezember 2022 wieder aufzunehmen. Das Verfassungsgericht hielt fest, dass bei den Audiencias vom 29.11.-1-12 der Direktor des ANLA sagte, dass weitere Dialogtische geprüft werden müssen, um eine effektive Partizipation zu garantieren. Es sei klar, dass diese drei Audiencias nicht alles gewesen seien. Für das Verfassungsgericht heisst das, dass die KlägerInnen der Tutela eine legitime Erwartung hatten, dass weitere Dialogtische stattfinden werden. Ebenso ist für das Verfassungsgericht klar, dass mit der Übergabe der Verantwortung, die Dialogtische einzuberufen, von ANLA an Prodeco, Prodeco auch an die Aussagen des Direktors der ANLA gebunden war. Zudem sei im erstinstanzlichen Urteil klar die Rede davon gewesen, dass nebst ersten Anhörungen weitere Dialogräume vereinbart werden müssen, um eine effektive und bedeutsame Partizipation der Bevölkerung zu ermöglichen. Das ist ein wichtiger Zwischensieg, aber noch bleibt der Weg lang, damit die betroffene Bevölkerung wirklich ein Mitspracherecht darüber hat, wie diese Minen geschlossen werden und die Schäden wiedergutmacht werden. Diese Frage ist weiterhin von enormer Wichtigkeit, da bald weitere Minenschliessungen kommen werden, und dieser konkrete erste Fall den Weg weisen wird.

Transition verschlafen?

2020 trat der Kohlesektor in eine tiefe Krise, die Preise waren tief und die Produktion ging stark zurück, teils wegen Betriebsunterbrüchen durch die Pandemie, teils wegen Streiks und Protesten betroffener Gemeinschaften. CNR war zahlungsunfähig, wurde dann aber von kolumbianischen Investoren gekauft und weiterbetrieben. Prodeco stellte die Kohleförderung in Cesar ein, Cerrejón kämpfte mit starken Produktionseinbrüchen weil Wayuu-

Gemeinschaften immer wieder die Zugstrecke blockierten und 2021 die Gewerkschaft den bisher längsten Streik durchführte. Cerrejón produzierte durchschnittlich 31 Millionen Tonnen Kohle, 2019 aber nur 23,6 Millionen Tonnen und 2020 und 2021 gar noch ca. 15 Millionen Tonnen. Trotzdem glaubten viele Akteure weiterhin an die Zukunft der kolumbianischen Kohle. Als 2022 im Zuge des Ukrainekrieges die Kohlepreise durch die Decke schossen, verzeichnete Kolumbien trotz sehr tiefer Exportmengen historisch hohe Einnahmen aus dem Kohleexport. Kolumbien hat noch Reserven für mindesten 70 Jahre und setzte auf sichere asiatische Abnahmemärkte bis 2050. Der Export nach Asien ist aber aufgrund der langen Transportwege von der Karibikküste aus sehr teuer und kann Absatzmärkte in Nordamerika und Europa nur bedingt ersetzen. Trotzdem gab es noch Pläne der türkischen Yildirim Holding, in Cañaverales, Guajira, eine neue Tagebauminerale mit Eisenbahn und neuem Verladehafen aufzubauen. Ebenso sollte Gasförderung mittels Fracking gestartet werden und Drummond erhielt Konzessionen, um zwischen den Kohleflözen Erdgas zu fördern. Die Regierung Duque versuchte den Kohlesektor mit tieferen Steuern und lascheren Umweltnormen zu unterstützen. Umweltaktivisten befürchteten ein Race to the bottom, wo am Schluss chinesische und türkische Konzerne die letzten Reserven ohne grosse Auflagen aus dem Boden holen. Transitions-Experten befürchteten, dass mit falschen Anreizen die Kohle noch ein paar Jahre länger am Leben gehalten werde und so wichtige Investitionsentscheide in eine postfossile Zukunft hinausgezögert werden. Eines ist klar: trotz der katastrophalen sozioökonomischen Auswirkungen, die Prodecos überstürzter Ausstieg aus dem Kohleabbau zeigte, muss die Transition rasch und entschlossen angegangen werden. Dies muss aber gut und lange im Voraus geplant geschehen, weshalb jetzt Schliessungspläne für Drummond und Cerrejón öffentlich diskutiert und wirtschaftliche Alternativen angestossen werden müssen. Klar ist: nichts tun wird teurer.



Obwohl auch unter der Regierung von Ivan Duque erste Überlegungen zu einer Energietransition angestellt und verschiedene Dialogtische, Treffen mit Behörden und Besuche von Kongressmitgliedern aus Bogotá in Cesar stattfanden, nahm das Thema mit Antritt von Gustavo Petro Fahrt auf. Im Entwicklungsplan und in unzähligen Dokumenten entwarf die neue Regierung Leitlinien für eine gerechte Transition. Eine gerechte Transition muss partizipativ, transparent, demokratisch und informiert erfolgen. Es kann nicht nur darum gehen, die in der Förderung fossiler Energieträger verloren

gegangen Jobs zu ersetzen, meistens Jobs für Männer. Es braucht einen Fokus auf Frauen, ethnische Minderheiten und verletzte Gruppen. Auch Frauen hatten im Umfeld des Kohle-Bergbaus verschiedene informelle Einkommensquellen, es muss verhindert werden, dass die Rechte indigener Gruppen in der Transition erneut verletzt werden und dass verletzte Gruppen noch verletzlicher werden. Weiter müssen territoriale und kulturelle Eigenheiten betrachtet werden, es können nicht dieselben Rezepte in Erdölfördergebieten wie Magdalena Medio oder Arauca und in der Guajira angewendet werden. Es braucht Transitionspläne für eine integrale territoriale Entwicklung, die zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Wohlstand führen und die unbefriedigten Grundbedürfnisse reduzieren.

Gerade mit Blick auf ein Departement wie der Cesar, das sehr vom bewaffneten Konflikt betroffen war, ist klar, dass eine gerechte Transition Hand in Hand mit der Schaffung von territorialem Frieden geht, zumal die Bergbaukonzerne wichtige Akteure im Konflikt waren und sind. Zwar waren die Minenkonzerne auch Opfer der Guerilla, die sie erpresste und Anschläge ausübte, aber Drummond und Prodeco haben mitgeholfen, die Paramilitärs in Cesar aufzubauen, haben von den Vertreibungen der Landbevölkerung und der Einschüchterung der Bergbauegner profitiert. Bis heute haben die Unternehmen zu wenig zur Wahrheitsfindung und Wiedergutmachung geleistet und ihre Unternehmensentscheidungen beeinflussen auch heute noch die Konfliktdynamik in der Region. Das Friedensabkommen von 2016 wurde bis

jetzt im Cesar sehr mangelhaft umgesetzt, es gab erst wenig Rückgabe von Land an Vertriebene und nicht alle gewaltgeprägten Gemeinden wurden in die territorialen Entwicklungspläne aufgenommen. Ein Prozess gerechter Transition kann so dazu führen, dass die Wahrheitsfindung weiter kommt, dass es zu Wiedergutmachungsmassnahmen und z.B. zu Landrestitution kommt. Mit dem Auftauchen der Paramilitärs wurden Tausende Kleinbauern von ihrem Land vertrieben, viele wurden umgebracht. Hunderte Vertriebene warten immer noch auf eine Rückkehr auf ihr angestammtes Land oder auf eine Entschädigung, und das Ende der Minen kann mithelfen, Land das die Minen besaßen, zu restituieren. Auch können Erfahrungen aus den territorialen Entwicklungsplänen PDET des Friedensabkommens von 2016 herangezogen werden, um gewisse Fehler nicht zu wiederholen. Letzten Endes geht es bei einer gerechten Transition also nicht nur darum, Energie und Arbeitsplätze zu ersetzen, sondern soziale Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Versöhnung zu fördern. Dies ist gerade im Cesar besonders wichtig, wo der bewaffnete Konflikt weitergeht, ja sich sogar wieder verschärft hat. Der Ausstieg Prodecos und die Ungewissheit bezüglich der Transition haben einen grossen Einfluss auf die Konfliktdynamik. Es besteht ein Vertrauensverlust der Bevölkerung gegenüber den Behörden und den ineffizienten und korrupten Verwaltungen und die Zivilgesellschaft ist schwach. Eine umsichtig durchgeführte gerechte Transition mit echter Partizipation, Mitsprache und transparentem Vorgehen kann Wunden heilen, schlecht geplant kann diese aber auch bestehende Verletzungen vertiefen und neue aufreissen.

Einige NGO und Universitäten, wie die Uni Magdalena mit Professorin Andrea Cardoso gehen in ihren Ideen für eine gerechte Transition noch weiter, fordern einen viel stärkeren Einbezug der Erfahrungen der Gemeinschaften und ihrer Produktionsmodelle, eine Überwindung des Patriarchats, ein neues Verhältnis zwischen Mensch/Wirtschaft und der Natur. Ohne ein anderes Wirtschaftsmodell sei keine gerechte Transition möglich. Gemeinschaften in Cesar und Guajira haben in Workshops diese Visionen



mitentwickelt und versuchen auch umzusetzen, was unter den aktuellen Voraussetzungen möglich ist. Viele Ideen und Pläne der Regierung Petro kommen ihnen durchaus ein gutes Stück entgegen, so beispielsweise die *comunidades energeticas*, wo Gemeinschaften v.a. dank Solarpanels ihren eigenen Strom produzieren und Überschüsse ins Netz einspeisen und so mithelfen, die Energie zu demokratisieren.

Wie steht es konkret um die Transition im Cesar?

Im Dezember 2022 erklärte die Regierung Petro den Corredor minero zum Corredor de la vida, zu einer Pilotregion für die gerechte Transition. Es wurden verschiedene neue Instrumente und Institutionen geschaffen, wie der Pacto por el Cesar, der Sonderdistrikt für Bergbau etc. Es gab unzählige Besuche von hohen Funktionären und Ministern, viele Treffen, öffentliche Anhörungen und Arbeitstische. Die Verabschiedung verschiedener Instrumente verzögerte sich aber, so wurde die Unterzeichnung des Pacto por el Cesar immer wieder verschoben. Auch fällt es dem Departement und der Bevölkerung nicht leicht, sich von 30 Jahren Abhängigkeit vom Kohleabbau zu lösen und neue, gemeinsame Visionen für die Entwicklung des Departements zu entwickeln. Es braucht deshalb viel Bewusstseinsbildung, Informationsvermittlung und Bildung, um die Bevölkerung zu befähigen, aktiv die Transition mitzugestalten. Kernelemente der geplanten Transition sind: Partizipation, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, Förderung der Landwirtschaft und der Agroindustrie, Reindustrialisierung und Produktion von erneuerbaren Energien, verbesserter Zugang zu Wasser, ökologische Restauration, integrales Management der Minenschliessung und Tourismusförderung. Vier Jahre nach der Ankündigung Prodecos, den Kohleabbau

einzustellen, hat sich gemäss Vertretern der lokalen Zivilgesellschaft noch wenig getan. Es gebe viele gebrochene Versprechen, die angekündigten Investitionen und Arbeitsplätze seien ausgeblieben. Soziale Führungspersonen befürchten Korruption bei der Mittelverteilung und dass weiterhin über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. So beklagen sie, dass die Gemeinschaften hohe Vorleistungen erbringen müssen, um an verschiedenen Projekten teilnehmen zu können, neue Organisationsformen schaffen müssen, statt bestehende nutzen zu können, und sie sich letztendlich mit Krediten verschulden. Auch haben sie das Gefühl, nicht prioritär behandelt zu werden, dass viel mehr finanzielle Ressourcen in die Guajira fließen würden. Auch besteht die Gefahr, dass bei allen guten Ansätzen doch auch weiterhin prioritär in Megaprojekten gedacht und geplant wird, z.B. auf Ölpalmen-Monokulturen, riesige Solar- und Windparks gesetzt wird und neue Tagebaue für Transitionsmetalle entstehen werden. Es besteht die Befürchtung, dass durch diese neuen extraktiven Projekte die Konflikte zwischen indigener und kleinbäuerlicher (Land-)Wirtschaft und Grossprojekten weitergeht, Konflikte um Land zunehmen und es zu weiteren Vertreibungen kommt. Die Ölpalme steht für 92% des landwirtschaftlichen BIP des Cesar und für knapp die Hälfte der Anbauflächen. Ölpalmen sollen nun weiter gefördert werden und es gibt Pläne, Ölpalmen-Monokulturen als ökologische Restauration anzuerkennen. Auch zeigen die Projekte in Solarenergie oder Abbau von Transitionsmetallen wenig Vorteile für die lokale Bevölkerung. Einer der ersten grossen Solarparks entstand in La Loma, im Zentrum des Kohleabbaus. Die Errichtung schuf vorübergehend einige Arbeitsplätze, der Betrieb aber nur sehr wenige, und der Strom fliesst in Grossstädte wie Bogotá, während die Lokalbevölkerung einen der höchsten Stromtarife des Landes bezahlt.



Für die Transition hin zu einer fossilfreien Energiewirtschaft und Industrie sind verschiedene Metalle und Mineralien notwendig. Die Regierung Petro hat 17 strategische Mineralien für die Energiewende definiert, die Kolumbien suchen und fördern sollte. Ziel des Abbaus dieser Mineralien ist es, die Reindustrialisierung, die Landwirtschaft und den Bausektor zu fördern. Die Strategie zur Gewinnung der Transitionsmineralien will den Inlandbedarf prioritär decken, die Souveränität über die Rohstoffe behalten, die Verarbeitung in Kolumbien fördern und schlussendlich

Wertschöpfungsketten von der Mine bis zur Windturbine und dem Solarpanel schaffen. Der Abbau soll zudem sozial gerecht und umweltfreundlich sein, die Gemeinschaften mit einbeziehen und eine gerechte Verteilung der Gewinne ermöglichen. Die Guajira und der Cesar sind zwei Departemente, wo der Kupferabbau Priorität hat. Es gibt erste Unternehmen, die Minen am Aufbau sind, wie Max Resources, die ein wunderschönes Bild ihrer CSR Politik zeichnen. Ob sich diese Politik so umsetzen lässt, wie angedacht, ist fraglich, da einerseits Kolumbien kaum eigene Bergbauunternehmen besitzt, insbesondere keine staatlichen Minenunternehmen mehr, andererseits die Multis v.a. exportieren wollen und sich wohl nur ungern auf die Ziele Petros verpflichten lassen wollen. Zudem hatte Kolumbien notorisch schwache staatliche Behörden, um Sozial- und Umweltauflagen im Bergbausektor zu kontrollieren und Verstösse zu sanktionieren. Zudem ist auch fraglich, ob Kolumbien Investoren findet oder die hohen Summen auftreiben kann, die notwendig wären, um z.B. eine Produktion von Windgeneratoren und Solarpanels aufzubauen und diese rentabel zu betreiben, angesichts der Marktmacht Chinas, vor der sogar europäische Produzenten kapitulierten.

Boom der erneuerbaren Energien?

Unabhängig davon, woher die Solarpanels und Windräder am Ende stammen, hat Kolumbien ein grosses Potential für Wind- und Solarenergie. Es wird geschätzt, dass Wind ein Potenzial von 30 GW hat, 18 GW davon allein in der Guajira, Solarenergie ein Potential von 32 GW. Die

heutige Stromproduktion beträgt 18,8 GW. Über die Anzahl geplanter und schon realisierter Projekte besteht ein grosser Zahlensalat. In der Guajira seien bis 2026 31 Windparks geplant, bis 2034 deren 40 mit einer Leistung von 8 GW. Eine andere Studie geht von 57 Windparkprojekten mit 2833 Windrädern und einem Flächenbedarf von 52'000 Hektaren aus. Die Cerrejón-Mine umfasst 69'000 Hektaren, wobei nur ca. 12'000 Hektaren effektiv durch den Abbau genutzt werden. Um das Potential von 18 GW in der Guajira auszuschöpfen, wären also über 100'000 Hektaren Fläche nötig. Die besten Windbedingungen herrschen in der Mittleren und Hohen Guajira, wo das grosse Resguardo der Wayuu mit einer guten Million Hektaren liegt. Auch wenn die Windparks „nur“ 10% dieser Fläche belegen würden, ist fraglich, wie sich das konkret einvernehmlich umsetzen lässt. Auf jeden Fall wären korrekte Konsultationsprozesse für die freie, informierte und vorgängige Zustimmung notwendig. Bisher sind diese Konsultationsprozesse nicht sehr gut verlaufen, da viele Unternehmen und auch Regierungsbeamte die Kultur, Sozialstruktur und Repräsentation der Wayuu nicht verstehen,



und z.T. mit Bevölkerungsgruppen verhandeln, die gar nicht Besitzer des beanspruchten Landes sind, oder mit Führungspersonen Absprachen treffen, die nicht wirklich das Sagen haben. Auch gibt es Vermittler, z.T. selbst Wayuus, die mehr auf den eigenen Vorteil achten und v.a. über Geld/Entschädigungen verhandeln, nicht über die tatsächlichen Auswirkungen und wie diese vermindert werden könnten. So geschah es auch regelmässig bei den Konsultationen durch Cerrejón: es wird

eher gefragt, wieviel muss ich dir bezahlen, damit ich weiterhin deine Lebensgrundlagen und heiligen Stätten beeinträchtigen darf, statt offen darzulegen, was negative Auswirkungen sein können, wieviel davon wirklich tragbar ist und was gemacht werden kann, um diese zu verhindern oder auf ein erträgliches Mass zu reduzieren. Zudem haben viele Projekte Verzögerung oder werden aufgegeben, sei dies wegen fehlender Übertragungsnetze, bürokratischer Bewilligungsverfahren und Konflikten mit der lokalen Bevölkerung und der Umwelt. Auch gewisse Bestrebungen der Regierung Petro, Entschädigungen für die Anwohner zu erhöhen oder Steuern raufzusetzen, haben die Investitionslust gedämpft.

Energie- und Klimapartnerschaft zwischen Deutschland und Kolumbien

Diese Partnerschaft wurde am 16. Juni 2023 von beiden Regierungen unterzeichnet. Kolumbien ist für Deutschland ein wichtiger Partner für Klimaschutz und gerechte Transition, da Kolumbien über eine grosse Biodiversität, Anteil am Amazonaswald, grossen Wasserreichtum und über viel Potential an Wind- und Solarenergie und grünem Wasserstoff verfügt. Hervorgehoben wurde ebenfalls, dass die Regierung Petro ehrgeizige Klimaziele festgelegt habe. Die deutsche Unterstützung soll zu einer klimaneutralen, sozialen und geschlechtergerechten Gesellschaft in Kolumbien führen. Gefördert werden erneuerbare Energien, eine nachhaltige Stadtentwicklung, nachhaltige Mobilität, Kreislaufwirtschaft und Abfallmanagement. Kolumbien hofft durch die Partnerschaft, fossile Energieträger zu überwinden und einen Exportboom der erneuerbaren Energien zu erreichen.

Als eines der zentralen beidseitigen Interessen an der Klima- und Energiepartnerschaft ist grüner Wasserstoff, d.h. Wasserstoff, der mit erneuerbarem Strom gewonnen wird. 2021 hat Kolumbien seine Roadmap für Wasserstoff veröffentlicht. Bis 2030 sollen 1,5 bis 4 GW Leistung Wasserstoff produziert werden, 1500-2000 leichte und 1000-1500 schwere Fahrzeuge mit Brennstoffzellen unterwegs sein und 50-100 Tankstellen vorhanden sein. Aktuell hat Kolumbien einen Wasserstoffkonsum von 150'000 Tonnen (es handelt sich um grauen Wasserstoff, der für Raffinerien gebraucht wird). 2030 soll der Konsum auf 330'000 Tonnen und 2050 600'000 Tonnen ansteigen. Kolumbien soll ein grosses Exportpotential haben, da die Produktion gemäss den Regierungsplänen 2030 1,5 Mio. Tonnen und 2050 6 Mio. Tonnen liegen soll. Wie auch bei der Frage des Flächenbedarfs der Windenergie ist es sehr schwierig, konkrete Zahlen dazu zu finden, welche Strommenge notwendig sein wird, um

diese Menge Wasserstoff zu produzieren, und wieviel Fläche dazu notwendig ist. Deutschland hat einen Wasserstoffbedarf von 12 Mio. Tonnen, die Hälfte könne Deutschland selber produzieren, 6 Mio. Tonnen müssten importiert werden. Theoretisch und gemäss den Planspielen könnte Kolumbien fast den ganzen deutschen Importbedarf decken und sieht sich als Saudi Arabien des Grünen Wasserstoffs. Aber auch andere Länder haben Pläne, grosse Mengen an grünem Wasserstoff zu produzieren, in Lateinamerika namentlich Chile. Auch will Deutschland offensichtlich seine Bezugsquellen diversifizieren. Deutschland betreibt eine regelrechte Wasserstoffdiplomatie: die GIZ eröffnete in sieben Ländern Wasserstoff-Botschaften, u.a. in Kolumbien. Am 6. März 2024 wurde die Gründung des hochrangigen Steuerungsausschuss für grünen Wasserstoff zwischen Deutschland und Kolumbien verkündet, mit dem die Entwicklung weiter vorangetrieben werden soll.



Deutsche NGO sehen die Klima- und Energiepartnerschaft bisher sehr kritisch. Grundsätzlich fordern die NGO eine fortdauernde und verstärkte Zusammenarbeit mit Kolumbien, dabei aber v.a. mehr Unterstützung für eine soziale und menschenrechtskonforme Transition, für die Förderung des Friedens und den Respekt der Menschenrechte. Ebenso erinnern sie an die Mitverantwortung Deutschlands aus Jahrzehnten schmutziger Kohleimporte. 2022 stammten 16% der Kohleimporte Deutschlands aus Kolumbien, drei Mal mehr als 2021. 2023 wurden 5 Millionen Tonnen importiert, 18% der Importe, bis Oktober 2024 immer noch 2,1 Mio. Tonnen, 12% aller Importe. Welche Rolle spielen da Deutschland

und deutsche Energiekonzerne in einer gerechter Transition und einem verantwortungsvollem Ausstieg? Bisher scheint das weder bei den Unternehmen noch bei der Bundesregierung ein Thema zu sein. NGOs wie Pax for Peace und Somo haben Grundsätze dafür entwickelt, wie ein verantwortungsvoller Ausstieg aus der Kohle ablaufen müsste. Klar ist, dass Energiekonzerne sich an Wiedergutmachungsmassnahmen und den Kosten für die Beseitigung von Umweltschäden beteiligen sollten.

Kritisch wird von NGOs auch der grüne Wasserstoff betrachtet. Dieser sollte nur mit strengen Nachhaltigkeitskriterien importiert werden, das heisst keine Nutzungs- und Landkonflikte verursachen, bei der Projektumsetzung korrekte Konsultationsprozesse (FPIC) garantieren, keine Konkurrenz zu inländischem/lokalem Energiebedarf sein sowie die wirtschaftliche Teilhabe durch Arbeitsplätze und Miteigentümerschaft der angrenzenden Gemeinschaften und Standortregionen garantieren. Grundsätzlich wird kritisiert, dass man bisher nur wenige Informationen hat über die konkrete Umsetzung dieser Partnerschaft, es fehlt an Transparenz und Mitsprache. NGO sehen darin v.a. eine Strategie, den deutschen Energiebedarf zu decken. Bisher scheint es viel Kooperation innerhalb der Privatwirtschaft zu geben, wenig Projekte mit der öffentlichen Hand und mit betroffenen Bevölkerungsgruppen. Auch in Cesar und Guajira sieht man vom deutschen Engagement bisher wenig, ausser der Unterstützung für Umschulungen durch Unternehmensverbände und der Finanzierung zweier Dialogforen über Energietransition.

Fazit

Es gibt im Moment keine Garantie, dass die Altlasten auf Kosten der Bergbau- und Energiefirmen beseitigt werden können, und die Kosten nicht beim Staat und der Bevölkerung hängen bleiben

Sitzstaaten der Bergbaufirmen und Kohleimporteure sollten deshalb verstärkt mit den beiden Kohledepartementen Cesar und Guajira kooperieren, v.a. in Umschulung, Konfliktbearbeitung und ökologischer Sanierung, Gemeinschaftsinitiativen unterstützen, Verwaltungskapazitäten, Rechtsstaatlichkeit und Good Governance stärken

Es fehlen verbindliche Regulierungen im Bereich Minenschliessung, FPIC, Umsiedlungen und menschenrechtliche sowie Umwelt-Sorgfaltspflicht

Regierung Petro hat viele gute Ansätze, aber Widerspruch zwischen Realpolitik und Wunschpolitik; Kolumbianischer Staat hat wenig Kontrollfähigkeit und Durchsetzungsmacht gegenüber Unternehmen, im Umwelt- und Sozialbereich

Gefahr, dass sich extraktivistisches Modell mit Bergbau von Transitionsmetallen und Wind/Solarparks wiederholt und es zu Umweltproblemen, Nutzungskonflikten und Menschenrechtsverletzungen kommt

Ausbau der neuen erneuerbaren Energien geht viel weniger schnell vorwärts als geplant/gehofft. Ausbau in angedachtem Ausmass führt zu weiteren Problemen (Flächenbedarf, Konflikt mit Umwelt- und indigenen Schutzgebieten. Ausbau ohne partizipative Raumplanung?

Was passiert 2026 nach Ende der Regierung Petro und wie beeinflusst Trump diese Themen?